

Teil A: Grundlagen

1 Einführung und Forschungsinteresse

„Frieden schließen mit der Natur“ lautet der Titel des 2021 veröffentlichten Reports des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zum Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen. UN-Generalsekretär António Guterres leitet mit folgenden Worten ein:

„Die Menschheit führt einen Krieg gegen die Natur. Das ist sinnlos und selbstmörderisch. Die Folgen unserer Rücksichtslosigkeit sind bereits heute sichtbar: menschliches Leid, gewaltige wirtschaftliche Verluste und die zunehmende Vernichtung des Lebens auf der Erde. [...] Frieden mit der Natur zu schließen, ist die entscheidende Aufgabe für die kommenden Jahrzehnte.“ (UNEP 2021, 4)

Was dann im Bericht folgt, ist die Darstellung der dramatischen Situation, in der sich die Menschheit mit Blick auf ihre natürlichen Lebensgrundlagen befindet. Die Biodiversität sinkt rapide und die Autoren und Autorinnen gehen von einer Beschleunigung des Artensterbens in den kommenden Jahrzehnten aus. Die Populationen wild lebender Wirbeltiere sind alleine in den letzten 50 Jahren im Durchschnitt um 68% zurückgegangen. Auch für den Verlust fruchtbarer Böden sagt der Bericht eine Beschleunigung voraus. Mitte des Jahrhunderts werden degradierte Flächen voraussichtlich mehr als 20%, naturnahe Flächen nur noch 10% der Landfläche bedecken. Der Klimawandel hat bereits heute deutlich spürbare Auswirkungen wie häufigere und intensivere Extremwetterereignisse, veränderte Niederschlagsmuster, sich ausdehnende Trockenzonen und steigende Meeresspiegel. Auch für den Bereich Umweltverschmutzung werden erschreckende Zahlen zusammengetragen. Diese führt schätzungsweise zu rund 9 Millionen vorzeitigen Todesfällen pro Jahr. Jährlich gelangen bis zu 400 Millionen Tonnen Schwermetalle, Lösungsmittel, giftige Schlämme und andere Industrieabfälle in die Gewässerkörper. In den Weltmeeren hat sich die Verschmutzung durch Kunststoffe seit 1980 verzehnfacht. Durch Düngemitteleintrag haben sich sogenannte „tote Zonen“ in der Größe des Vereinigten Königreichs gebildet. (UNEP 2021, 20-26)

Zwischen den verschiedenen Problemfeldern, so der Bericht, ergeben sich verstärkende Wechselwirkungen. Beispielsweise wird für eine Klimaerwärmung um durchschnittlich 3°C davon ausgegangen, dass für 25-50% der terrestrischen Arten mehr als die Hälfte des Verbreitungsgebiets verloren geht. Der Bericht warnt zudem vor enormen sozio-ökonomischen Folgen. Es drohen u.a. eine deutliche Intensivierung und Ausweitung von Armut, schwerwiegende Probleme bei der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung, enorme Migrationsströme sowie die Zunahme von (gewalttamen) Konflikten um natürliche Ressourcen (ebd.). Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend betont der Bericht den enormen zeitlichen Handlungsdruck. Das kommende Jahrzehnt sei der entscheidende Handlungszeitraum für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, weswegen es sofortiger Maßnahmen bedürfe (ebd., 9, 31).

Die Lektüre des Berichts und die Dringlichkeit der Handlungsaufforderungen rufen unweigerlich ein Jubiläum in Erinnerung, das im letzten Jahr aufgrund des Krieges mitten in Europa und der Corona-Pandemie weitgehend unbemerkt bleib. 2022 jährte sich die Veröffentlichung der *Grenzen des Wachstums* zum fünfzigsten Mal. Der Bericht an den Club of Rome aus dem Jahr 1972 katapultierte die ökologische Krise als globale Fundamentalherausforderung erstmals in das breite öffentliche Bewusstsein, insbesondere in den reichen Industrienationen (Marten 1983, 1; Steurer 2002, 8f). Auch dieser Bericht beschrieb eine, zum Teil an anderen, zum Teil an den gleichen Symptomen abzulesende ökologische Krise als fundamentale Herausforderung für die Stabilität menschlicher Gesellschaften. Zusammenbrüche seien nur zu verhindern, so die Schlussfolgerung des Reports, wenn zur Jahrtausendwende, also heute vor 20 Jahren, der Übergang zu einer globalen Gleichgewichtswirtschaft ohne Wachstum und mit konstanter Bevölkerungszahl gelinge. Dafür müssten schnellstmöglich die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden (Meadows et al. 1972, 17, 147ff, 154ff). Zwar haben sich viele der in den *Grenzen des Wachstums* getroffenen Vorhersagen, insbesondere zur Verknappung wichtiger Rohstoffe, nicht bewahrheitet. Die Kernbotschaft des jüngsten UNEP-Reports wird aber bereits 1972 richtig vermittelt: Durch die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen werden die Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen massiv unterminiert, was in absehbarer Zukunft zu drastischen sozialen Verwerfungen führen kann.

Ist also zwischen 1972 und 2022 nichts passiert? Diese Frage zu bejahen, würde den umweltpolitischen Entwicklungen und Errungenschaften

der letzten Dekaden nicht gerecht. Bereits 1972 fand in Stockholm die erste internationale Umweltkonferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen statt. Es folgte allein in den 1970er-Jahren eine Vielzahl weiterer UN-Konferenzen mit Umweltbezug.¹ In vielen umweltpolitischen Themenfeldern wurden internationale Übereinkünfte getroffen. Die „International Environmental Agreements Database“ zählt mittlerweile mehr als 3000 multilaterale und bilaterale Umweltabkommen (Mitchell et al. 2020). Im Dezember 2015 verständigten sich fast alle Länder der Welt in Paris auf ein gemeinsames Vorgehen zur Abmilderung der Klimakrise. Das Ozonloch schließt sich mittlerweile wieder, was in erster Linie auf die international abgestimmte Ozonpolitik zurückzuführen ist (UNEP 2021, 23f). Immer wieder, zuletzt durch die sogenannten „Sustainable Development Goals“, hat sich die Weltgemeinschaft, zumindest formell, dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet. Auch auf nationaler Ebene sind Erfolge zu verzeichnen. In den reichen Industrienationen wurden die meisten sichtbaren Umweltprobleme, wie v.a. Luft- und Gewässerverschmutzungen, durch staatliche Umweltpolitik durchaus erfolgreich adressiert (Jänicke et al. 2003, 125). Gleichzeitig hat sich z.B. in Deutschland die Anzahl von Schutzgebieten vervielfacht (Statistisches Bundesamt 2022).

Auch jenseits der Policy-Ebene ist viel geschehen. In mehreren Wellen, zuletzt angestoßen durch „Fridays for Future“, setzen und setzen sich starke zivilgesellschaftliche Bewegungen für Umweltbelange ein. Umweltverbände sind heute in vielen demokratischen Staaten ein wichtiger Akteur im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Immer mehr Menschen beziehen ökologische Erwägungen in ihre persönlichen Konsum- und Investitionsentscheidungen ein. In vielen Ländern haben sich grüne Parteien als fester Bestandteil der Parteienlandschaft etabliert und regieren teilweise mit. Umweltpolitik hat sich zu einem eigenständigen Politikfeld entwickelt, was sich nicht zuletzt in entsprechenden Ressortzuschnitten zeigt.

Doch können diese Entwicklungen und partiellen Erfolge das Gesamtbild nicht substanzell verändern: „Seit der Konferenz von Stockholm im Jahr 1972 sind die ökologischen Herausforderungen für die Menschheit immer umfangreicher und gravierender geworden. Sie haben sich zu einem planetarischen Notfall entwickelt“ (UNEP 2021, 9). Das Gros der selbst gesteckten Ziele in den einzelnen Krisenfeldern wurde oder wird absehbar

1 1974 zur Bevölkerungsproblematik und zur Nahrungsmittelversorgung, 1977 zur Ausbreitung von Wüsten und zum Thema Wasser, 1979 zum Klimawandel.

verfehlt (ebd., 20ff). Das Wirtschaftswachstum konnte bisher weder global noch in einzelnen Ländern absolut vom Umweltverbrauch entkoppelt werden, bleibt aber prioritäres Politikziel (Döring 2019). Die kollektiven und individuellen ökologischen Fußabdrücke haben sich in den reichen Industrienationen seit den 1970er-Jahren, trotz eines teilweise bewussteren Konsumverhaltens, deutlich vergrößert (WWF 2020, 56ff). Kurzum: Eine befriedigende Antwort auf die ökologische Krise wurde bisher nicht gefunden. Die massive Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreiten voran. In Anlehnung an das eingangs abgedruckte Zitat von Carl Amery lässt sich dies auch anders formulieren: Der Schritt aus Platons Höhle hin zu einer erwachsenen Verantwortungsübernahme für den Planeten Erde wurde bisher nicht gegangen.

Was also tun, wenn die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen? Wie kann „Frieden mit der Natur“ geschlossen werden? Wie müssen und können sich insbesondere die westlichen Wohlstandsgesellschaften verändern, um dem Anspruch ökologischer Nachhaltigkeit gerecht(er) zu werden? Dies sind genuin politische Fragen, denn die Antwort auf die ökologische Krise ist dieser nicht immanent (Raschke 1993, 68). Dementsprechend wurde seit den 1970er-Jahren eine Vielzahl stark divergenter Positionen zur ökologischen Frage entwickelt. Während beispielsweise von der einen Seite die Notwendigkeit zur Überwindung des Kapitalismus als zentrale Krisenursache betont wird, erblicken andere die Lösung in einem ökologischen Kapitalismus. Während einerseits die Demokratie als maßgebliches Hindernis für den Ausweg aus der ökologischen Krise gesehen wird, beschreiben andere die Vertiefung der Demokratie als Voraussetzung für denselben. Während Wachstumskritiker eine rasche Abkehr vom Wirtschaftswachstum anmahnen, plädieren andere für ökologisches Wachstum, das Wohlstandssteigerung und Nachhaltigkeit zusammenführt.

Die heterogene politische Denklandschaft der Antwortsuche auf die ökologische Krise kann mit Stein als „ökologisches politisches Denken“ bezeichnet werden (2016).² Das ökologische politische Denken nimmt die Diagnose der ökologischen Krise zum Ausgangspunkt für ein grundlegen-

2 Im angelsächsischen Sprachraum werden häufig die Bezeichnungen „green political thought“ oder „green political theory“ verwendet, um diese Denkströmung zu fassen oder sich darin zu verorten (z.B. Goodin 1992, Dobson 1995, Carter 1999, Barry 2014). „Grünes politisches Denken“ als deutsche Übersetzung würde jedoch einen zu starken Bezug zu den GRÜNEN als Partei implizieren. Das hier untersuchte ökologische politische Denken ist explizit breiter angelegt und beschränkt sich nicht auf das politische Denken im Umfeld der GRÜNEN.

des Nachdenken über Staat, Wirtschaft, Kultur und damit Gesellschaft im Allgemeinen. In Anlehnung an Münkler/Straßenberger kann das ökologische politische Denken auch als „Archiv“ (2016, 15) ökologisch motivierter politischer Ideen beschrieben werden. Auf dieses Archiv bzw. das ökologische politische Denken und seine politischen Ideen bezieht sich das Forschungsinteresse dieser Arbeit. Bisher herrscht in diesem Archiv, bildlich gesprochen, großes Durcheinander. Zwar hat sich im Laufe der Zeit ein beachtlicher Bestand angesammelt, der aber verstreut und weitgehend unsystematisch herumliegt. Teilweise wurde versucht etwas Ordnung einzuführen, was aber nur in Einzelfällen über ein erstes Staubwischen hinausreichte (vgl. Zusatzkapitel I zum Forschungsstand). Dabei wäre es im Angesicht der Permanenz der ökologischen Krise eine vordringliche Aufgabe der politischen Ideengeschichte, das Archiv des ökologischen politischen Denkens zu pflegen. Insbesondere für den deutschsprachigen Diskurs, auf den sich die vorliegende Arbeit fokussiert, fehlt die erforderliche „Archivpflege“ (Münkler/Straßenberger 2016, 18). Beispielhaft verdeutlichen lässt sich diese Abstinenz daran, dass ökologisch motivierte politische Ideen in Überblickswerken zur (neueren) Geschichte des politischen Denkens regelmäßig fehlen (vgl. Salzborn 2018, Brocker 2018, Fetscher/Münkler 1987, Hartmann/Offe 2011, Llanque 2008, Münkler/Straßenberger 2016).³

Die vorliegende Arbeit verschreibt sich der Aufgabe der „Archivpflege“. Ziel ist somit nicht, eigene Antworten auf die ökologische Frage zu geben, sondern den Fundus der diesbezüglichen Ideen aufzuarbeiten und eine umfassende, tiefgreifende Kartierung dieser Denklandschaft vorzunehmen. Diesem Ansinnen liegen vier Überzeugungen zugrunde. Erstens können auch zeitlich zurückliegende politische Ideen zur Bearbeitung gegenwärtiger Problemlagen beitragen und politische Entscheidungen informieren (Gabrielson et al. 2019b, 7f). Deshalb sollten die vorgebrachten ökologisch-politischen Ideen zumindest nicht unbesehen und damit unreflektiert in die Bedeutungslosigkeit des Vergangenen verabschiedet werden. Zweitens kann eine fundierte Aufarbeitung der konkurrierenden Positionen das Verständnis für die Kontroversen dieser Denklandschaft vertiefen und so zu einer zielführenderen Debatte beitragen. Drittens besteht die Hoffnung, mit der Kartierung des ökologischen politischen Denkens all denjenigen Anhaltspunkte geben zu können, die in Anbetracht der teilweise schwer

3 Es gibt auch Ausnahmen, bei denen ökologische Denker bzw. das ökologische politische Denken an sich zumindest am Rande vorkommen (z.B. Ottmann 2012, Salzborn 2017, Bröckling/Feustel 2012).

erträglichen Lücke zwischen ökologischer Problemsituation und politischer Wirklichkeit einerseits und der kaum überschaubaren Fülle von Lösungsvorschlägen andererseits nach Orientierung suchen. Dies bezieht sich insbesondere auf die vielen jungen Menschen, die ihrer Verzweiflung mit Blick auf die Klimakrise in den letzten Jahren lautstark Ausdruck verliehen haben. Viertens ist die „Archivpflege“ auch im engeren fachdisziplinären Sinne wichtig. Für die normative politische Theorie wird das Archiv politischer Ideen zum Laboratorium, in welchem im Rückgriff auf das bereits Gedachte nach Antworten auf gegenwärtige Problemlagen gesucht wird (Münker/Straßenberger 2016, 15f).

Wie muss eine „Archivpflege“ aussehen, welche die beschriebenen Funktionen zu erfüllen vermag? Die Arbeit verfolgt zwei maßgebliche Intentio nen. Erstens zielt sie darauf ab, das ökologische politische Denken im deutschsprachigen Raum erstmals umfänglich zu erfassen und zu kartieren. Dazu werden folgende Forschungsfragen gestellt:

1. Welche ideenpolitisch relevanten Antworten auf die ökologische Krise hat das ökologische politische Denken hervorgebracht?
2. Welche Grundpositionen lassen sich im ökologischen politischen Denken differenzieren?
3. An welchen zentralen inhaltlichen Trennlinien fächert sich das Spektrum des ökologischen politischen Denkens auf?
4. Wie verändern sich das ökologische politische Denken und das Spektrum divergenter Positionen im Zeitverlauf?

Als politikwissenschaftliche Arbeit beziehen sich diese Forschungsfragen insbesondere auf die institutionelle Dimension der vom ökologischen politischen Denken hervorgebrachten Alternativentwürfe. Diese institutionelle Dimension kann aber nicht losgelöst von anderen Dimensionen betrachtet werden, da die strukturellen Veränderungen beispielsweise oft im Rahmen eines veränderten kulturellen Settings gedacht werden.

Auch wenn sich diese ersten vier Forschungsfragen auf die deskriptiv-analytische Darstellung der Denklandschaft des ökologischen politischen Denkens beziehen, verfolgt diese Arbeit nicht primär ein „breites“ Forschungsinteresse. Einem solchen breiten Forschungsinteresse ginge es darum, die größtmögliche Zahl öko-politischer Positionen zu verarbeiten, um so ein möglichst vollständiges und detailliertes Bild des ökologischen politischen Denkens zu zeichnen. Vielmehr werden in der vorliegenden Untersuchung ausgewählte Positionen sehr intensiv in den Blick genommen. Denn ein zentrales Anliegen der Arbeit ist es, auch ein tiefes Ver-

ständnis dieser heterogenen Strömung zu entwickeln. Dies stellt die zweite maßgebliche Intention der Arbeit dar. Mit „tiefem Verständnis“ ist dabei gemeint, die konkurrierenden Positionen nicht nur auf explizit-argumentativer Ebene nachzuvollziehen, sondern mit Bezug auf die impliziten Hintergrundannahmen erklärbar zu machen. Dies verweist auf Aspekte wie z.B. Menschenbilder, Grundwertverständnisse, Ideen des guten Lebens oder Staats- und Politikverständnisse, welche die jeweiligen Positionen präformieren. Ein solches tiefes Verständnis der Positionen ermöglicht es, die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens und die zeitliche Permanenz dieser Heterogenität verständlich zu machen. Anders formuliert geht es um die Hintergrundannahmen, die für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft verantwortlich zeichnen. Dadurch kann aufgezeigt werden, *warum* im ökologischen politischen Denken so unterschiedliche Antworten auf die geteilte Herausforderung der ökologischen Krise gegeben werden. Folglich lautet die fünfte Forschungsfrage:

5. Auf welche divergierenden Hintergrundannahmen lassen sich die konkurrierenden Positionen und damit die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens zurückführen?

Diese Frage verweist auch auf das Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens. Im ökologischen politischen Denken versammeln sich Denker und Denkerinnen ganz unterschiedlicher ideologischer Prägung, z.B. aus konservativer, sozialistischer oder liberaler Richtung. Diesbezüglich ist zu untersuchen, inwiefern sich diese Prägung auf die vertretenen öko-politischen Positionen auswirkt.

Das durch diese Forschungsfragen gekennzeichnete Forschungsinteresse ist in zwei Richtungen einzugrenzen. Einerseits wird der Untersuchungsgegenstand auf das deutschsprachige ökologische politische Denken beschränkt, was zwei Gründe hat. Erstens dient dies der forschungspragmatischen Eingrenzung des Untersuchungskorpus. Insbesondere für das Ziel des tiefen Verständnisses ist dies erforderlich. Zweitens ist die Forschungslücke zum deutschsprachigen ökologischen politischen Denken besonders groß. Während es zum englischsprachigen „green political thought“ zumindest für die Frühphase einige fundierte und umfassendere Untersuchungen gibt (vgl. v.a. Eckersley 1992, Dryzek 1997, Carter 2001, siehe ausführlicher Zusatzkapitel I), fehlen diese für den deutschsprachigen Kontext weitestgehend. Andererseits wird das Forschungsinteresse so eingegrenzt, dass es um Transformationsentwürfe mit Blick auf die demokratisch verfassten Wohlstandsgesellschaften geht. Diese Eingrenzung erfolgt aus meh-

eren Gründen. Zunächst dient auch diese der forschungspragmatischen Handhabbarkeit. Außerdem ist zu konstatieren, dass das deutschsprachige ökologische politische Denken vielfach einen (zum Teil unreflektierten) Fokus auf die Transformationsherausforderungen hierzulande hat. Der Untersuchungskorpus selbst weist somit den oben angezeigten Fokus auf. Darüber hinaus erscheint die Fokussetzung auf die Wohlstandsgesellschaften von besonderem Interesse. Die sogenannten Industrierationen sind mit ihrem stark überproportionalen Zugriff auf Ressourcen und die natürlichen Senken die historisch ausschlaggebenden und, zusammen mit einigen aufstrebenden Volkswirtschaften, bis heute maßgeblichen Verursacher vieler globaler ökologischer Problemlagen. Gleichzeitig fungieren sie in vielerlei Hinsicht als Vorbild für die nachholende Entwicklung in bisher ärmeren Weltregionen. Wenn ihnen diese Vorbildfunktion tatsächlich zukommt, könnten sie diese potenziell auch bezüglich der Transformation in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit ausfüllen. Eine Nachhaltigkeitstransformation in den reichen Wohlstandsgesellschaften erscheint also besonders vordringlich.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit besteht aus vier Teilen. Teil A widmet sich den Grundlagen, die für das Verständnis, die Nachvollziehbarkeit und die Einordnung der nachfolgenden Untersuchungen erforderlich sind. Dafür wird in Kapitel 2, das sich an diese Einführung anschließt, ein fundierteres Verständnis vom Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, dem ökologischen politischen Denken, erarbeitet. Dazu gilt es zunächst einen Begriff des politischen Denkens zu entwickeln, bevor aufzuzeigen ist, wie die Ökologie zum Gegenstand des politischen Denkens wurde. Kapitel 3 umfasst die Vorstellung der methodischen Herangehensweise.

Die Teile B und C befassen sich mit der Untersuchung des ökologischen politischen Denkens. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf zwei ausgewählte Zeitfenster (Teil C: frühe 1970er-Jahre bis Mitte der 1980er-Jahre, Teil D: ab Mitte der 2000er-Jahre), in denen das ökologische politische Denken besonders kontrovers war bzw. ist. Ziel ist, die Denklandschaft in diesen beiden Zeitphasen zu erfassen, zu kartieren und ein tiefes Verständnis für deren Ausdifferenzierung zu entwickeln. Im Zwischenfazit zu Teil C werden auch die Verschiebungen und Kontinuitäten zwischen beiden Zeitphasen beleuchtet.

In Teil D löst sich der Fokus von der konkreten Analyse des Untersuchungsmaterials und richtet sich in übergeordneter Perspektive auf das

ökologische politische Denken. In beiden Zeitphasen differenziert sich die Denklandschaft an den gleichen Trennlinien aus, die sich deshalb als „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ fassen lassen. Zudem wird resümierend auf die Frage eingegangen, wie sich die Heterogenität dieser Denklandschaft erklären lässt. Ein Ausblick beschließt diese Untersuchung.

Lesehinweise

- 1 Das Buch ist so verfasst, dass die einzelnen Kapitel zu den konkurrierenden Grundpositionen des ökologischen politischen Denkens in Teil B und Teil C für sich stehen können und ohne Gesamtlektüre des Buches zu verstehen sind. Hintergrund ist, dass das Buch auch als Nachschlagewerk bezüglich ökologisch motivierter politischer Ideen angelegt ist. Aus dieser Herangehensweise ergeben sich bei Lektüre des gesamten Buches einige Redundanzen. Insbesondere werden Argumente, die sich bei verschiedenen Positionen ähneln oder überschneiden, jeweils dargelegt und nicht durch Querverweise ausgespart.
- 2 Am Ende jeder aufgearbeiteten Grundposition findet sich eine kurze Zusammenfassung dieser Position. Diese Zusammenfassungen sind für die eiligen Leser und Leserinnen gedacht, die sich einen groben Überblick über eine Position verschaffen wollen, ohne im Detail einzusteigen.
- 3 Es gibt zu diesem Buch einen Anhang sowie drei Zusatzkapitel. Der Anhang umfasst zwei weiterführende Materialien, die bei Interesse konsultiert werden können. Zudem wird ein Abkürzungsverzeichnis bereitgestellt. Das Zusatzkapitel I arbeitet den Forschungsstand zum ökologischen politischen Denken im deutschen Sprachraum auf. Die Zusatzkapitel II und III stellen detailliert den Prozess und die Ergebnisse der Auswahl des Untersuchungsmaterials für die beiden analysierten Zeitphasen vor. Dabei wird auch auf die Bedeutung der einzelnen öko-politischen Denkerinnen und Denker und ihrer Werke eingegangen. Das generelle Vorgehen bei der Materialauswahl wird auch im Hauptteil kurz vorgestellt (Kap. 3).

2 Ökologisches politisches Denken

Der Forschungsgegenstand dieser Arbeit ist das ökologische politische Denken. Dies kann in zwei Schritten konkretisiert werden. Erstens gilt es zu klären, was im vorliegenden Zusammenhang unter politischem Denken zu verstehen ist. Zweitens ist aufzuzeigen, wie die Ökologie zum wichtigen Gegenstand des politischen Denkens wurde und das entsteht, was sich als ökologisches politisches Denken bezeichnen lässt.

2.1 Politisches Denken

Eingangs wurde dargelegt, dass sich die vorliegende Untersuchung für die Ideen interessiert, die das politische Denken in Anbetracht der ökologischen Krise entwickelt hat. Der Begriff des politischen Denkens ist bewusst gewählt, da sich das Forschungsinteresse dieser Arbeit weniger auf politische Theorie i.e.S. bzw. den akademischen Fachdiskurs, sondern auf Ideen mit politischem Gestaltungsanspruch richtet. Das politische Denken ist in der Politikwissenschaft ein ebenso weit verbreiteter wie uneinheitlich verwendeter Begriff (Richter 2009b, 2; Ottmann 2001, 2). Die Uneindeutigkeit des Begriffs liegt nicht zuletzt daran, dass der Gehalt des „Politischen“ selbst wesentlich umstritten ist: „political thought will embrace whatever we decide to bunch together under the term ‘political’“ (Freeden 2013, 31). In diesem Begriffsstreit um den Gehalt des „Politischen“ muss sich die vorliegende Untersuchung nicht verorten, da eine Minimaldefinition ausreichend ist: Politik bezieht sich auf die Regelung der öffentlichen und kollektiven Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen (Rohe 1994, 28; Zapf 2011, 15). Wenn es also im Folgenden um die Erforschung politischen Denkens geht, wird mit dem Adjektiv *politisch* angezeigt, dass es um Ideen bzw. Vorschläge geht, welche die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten beeinflussen und diese informieren wollen. Als erste Annäherung kann politisches Denken daher mit Stein als „Nach-Denken über Politik“ verstanden werden, das von einem bestimmten Problem ausgehend in „problemlösender Absicht die politische Praxis beraten und an die Öffentlichkeit in reflektierter Form appellieren“ will (2016, 203). Der Begriff des politischen *Denkens* wiederum wird gewählt, weil er v.a. in Abgrenzung zu Begriffen wie „politische *Theorie*“ oder „politische *Philosophie*“ betont, dass politisches Denken nicht nur der akademischen Welt offensteht, sondern weit über diese hinausweist.

Diese ersten Annäherungen sind konkretisierungsbedürftig. Dazu lässt sich das politische Denken im Rückgriff auf Ottmann, Greven und Stein mittels fünf Eigenschaften charakterisieren:

Erstens ist politisches Denken problemorientiertes Denken, d.h. es nimmt seinen Ausgang in der Wahrnehmung bestimmter Probleme und Herausforderungen, die den Anlass und Impuls für die tiefere politische Reflexion geben. Dadurch ist politisches Denken immer auch in einen spezifischen regionalen und zeitlichen Kontext eingebettet. (Greven 2007, 10; Ottmann 1996, 6; Stein 2016, 203)

Daraus folgt zweitens, dass politisches Denken in erster Linie praktisches Denken ist, das heißtt, es wird von einem Interesse an politischer Einmischung geleitet. Dabei kann die Distanz zwischen der politisch denkenden Person und dem politischen Problemdruck sehr unterschiedlich sein. Generell hat politisches Denken aber immer die Intention, politisches Handeln zu beeinflussen. Dementsprechend sind Beiträge, die sich auf die Analyse bestimmter Probleme oder Situationen beschränken, daraus aber keine Schlussfolgerungen für politisches Handeln ableiten, nicht Ausdruck von politischem Denken. Aus diesem politischen Gestaltungsanspruch folgt auch, dass politisches Denken in erster Linie auf die breite Öffentlichkeit und nicht primär auf die akademische Welt gerichtet ist. (Ottmann 1996, 6; Greven 2007, 31; Stein 2016, 204; Münker/Straßenberger 2016, 18f)

Drittens steht politisches Denken grundsätzlich jedem offen, weil jeder eine politische Meinung basierend auf Gründen haben bzw. entwickeln kann. Es gibt daher keine Individuen oder Gruppen, die einen privilegierten Zugang zum politischen Denken haben. Das bedeutet auch, dass das Ausüben politischen Denkens nicht einer bestimmten wissenschaftlichen Disziplin oder gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden kann. Demzufolge stammt politisches Denken oft auch aus nicht-akademischen Quellen. (Ottmann 1996, 6; Greven 2007, 11)

Viertens und damit zusammenhängend kann politisches Denken zwischen bloßer Meinungsäußerung und politischer Theorie verortet werden. Politisches Denken ist einerseits „mehr“ als politisch-programmatisches Sprechen, da es immer durch Gründe unterfüttert wird und sich somit nicht auf die reine Meinungsäußerung beschränkt (Stein 2016, 203; Greven 2007, 11; Ottmann 1996, 6). Es weist also einen gewissen Reflexionsgrad sowie eine substanzelle argumentative Begründungstiefe auf. Politisches Denken muss andererseits nicht den Anforderungen an politische Theorie als wissenschaftliche Bemühung (z.B. in Bezug auf Begründungskonsistenz,

Elaboration, intersubjektive Nachvollziehbarkeit) genügen (Stein 2016, 203; Greven 2007, 11; Ottmann 1996, 1f). Dies impliziert ein weites Verständnis politischen Denkens, das deutlich über die geistigen „Höhenkämme“ (Reese-Schäfer 2007, 5) der kanonisierten politischen Ideengeschichte hinausreicht (Zapf 2011, 20; Ottmann 1996, 3). Politisches Denken ist also breiter als die wissenschaftlichen Teildisziplinen der politischen Theorie und Philosophie (Ottmann 1996, 1f; Buchstein 2015, 6f). (Normative) politische Theorie und politische Philosophie können als Teilmenge des politischen Denkens begriffen werden, insofern sie die weiteren Eigenschaften des politischen Denkens erfüllen.⁴

Fünftens kann sich politisches Denken mit seinen politischen Ordnungsvorstellungen auch außerhalb der etablierten Institutionenlandschaft bewegen (Stein 2016, 203). Es ist jedoch immer, implizit oder explizit, in den Kontext des politischen Diskurses eingebettet, wobei der Anschluss an bestimmte Strömungen des politischen Denkens bewusst oder unbewusst sein kann (Bartels 2017, 211-216).⁵

4 Dieser Festlegung entgegen werden die Begriffe „politisches Denken“ und „politische Theorie“ in der politikwissenschaftlichen Literatur häufig synonym verwendet (siehe z.B. bei Dallmayr 2010, Richter 2009, Browning 2016, Smits 2016, Zapf 2011).

5 Abzugrenzen ist der hier gewählte Untersuchungsrahmen des politischen Denkens auch vom Begriff der politischen Ideologie, der zuletzt verstärkte Aufmerksamkeit durch die politikwissenschaftliche Forschung erhalten hat. Diesem Forschungszweig geht es, maßgeblich zurückgehend auf die begrifflich-konzeptionellen Arbeiten von Michael Freeden, darum, politische Ideologien zu identifizieren, in ihren Eigenschaften zu beschreiben und so einen Beitrag zur analytischen Erfassung von Politik zu leisten. Zugrunde gelegt wird dabei in Abgrenzung zu dem, auf Marx zurückgehenden, kritischen Ideologieverständnis ein pragmatisches Ideologiekonzept (vgl. dazu Freeden 2003, 2013, Ball 2014; Rohe 1994). Auf den vorliegenden Untersuchungskorpus gerichtet würden aus dieser Perspektive die Fragen im Mittelpunkt stehen, inwiefern das ökologische politische Denken eine eigenständige politische Ideologie darstellt, ob es sich um eine „dicke“ oder „dünne“ Ideologie handelt und welche Elemente diese Ideologie auszeichnen und von anderen Ideologien abgrenzen. Entsprechende Arbeiten finden sich bisher v.a. im angelsächsischen Raum (vgl. z.B. Ball et al. 2016, Humphrey 2013, Stavrakakis 1997, Freeden 1996). Da die vorliegende Untersuchung ein anderes Ziel verfolgt, werden diese Arbeiten und Freedens konzeptionell-methodischer Ansatz im Folgenden nicht näher einbezogen.

2.2 Der ökologische Impuls: von unverbundenen Einzelproblemen zur Menschheitsherausforderung ökologische Krise

Basierend auf dieser Eingrenzung lässt sich ökologisches politisches Denken als politisches Denken verstehen, das seinen Ausgang bei der Wahrnehmung der ökologischen Krise nimmt und nach Antworten auf diese sucht. Konkreter ist es politisches Denken, das vor dem Hintergrund der ökologischen Krise die bestehenden Gesellschaftsstrukturen kritisiert, alternative Zielvorstellungen für die Gesellschaft entwickelt und Vorschläge unterbreitet, wie dieses Ziel zu erreichen ist (Stein 2016, 205). Greifbarer wird dies, wenn die historische Entstehung des so gefassten ökologischen politischen Denkens nachvollzogen wird. Dies verweist auf die Zeit der späten 1960er- und der 1970er-Jahre, als die Diagnose der ökologischen Krise erstmals ins breite öffentliche Bewusstsein trat. Dieser „ökologische Impuls“ basiert auf der Veränderung der Wahrnehmung von Umweltproblemen, die sich in dieser Zeit einstellte.

Bereits vor den 1960er- und 70er-Jahren fand eine gesellschaftliche Beschäftigung mit Umwelt- und Naturschutzfragen statt. Entsprechend gab es auch zuvor „ein ökologisches Denken [...], von dem aus Anforderungen an Politik und Gesellschaft formuliert worden sind“ (Stein 2016, 205; entspr. Salzborn 2017, 126). Ein früher Ausdruck dessen war, wie der Arbeit von Radkau zu entnehmen ist, z.B. die Auseinandersetzung um die „Holznott“ am Übergang zwischen 17. und 18. Jahrhundert, in der sich deutliche Parallelen zur späteren Diskussion um die Überschreitung natürlicher Wachstumsgrenzen zeigen. So finden sich v.a. im Umfeld der Forstwirtschaft vielfältige Warnungen vor der Verwüstung der Wälder und der Verknappung des wichtigen Rohstoffes. In den entsprechenden Texten kommt auch die Sorge um zukünftige Generationen zum Ausdruck, die durch das gegenwärtige Handeln beeinträchtigt werden könnten (Radkau 2011, 40f). Davon ausgehend wurde vielfach die Forderung nach einer langfristig ausgerichteten Nutzung der Wälder laut. Aus diesem Zusammenhang stammt der Begriff der Nachhaltigkeit, der von dem Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz 1713 erstmals geprägt wurde (1713, 105f).

Ein weiteres Beispiel für frühes ökologisches Denken ist die „lange Jahrhundertwende von Naturschutz und Lebensreform“ im wilhelminischen Kaiserreich (Radkau 2011, 55). Die im Laufe des 19. Jahrhunderts fort schreitende Industrialisierung und Urbanisierung provozierte vielfältige Gegenbewegungen. Insbesondere der Natur- und Heimatschutz erlebte in den Jahrzehnten um 1900 einen starken Aufschwung, was sich in entspre-

chenden institutionellen Netzwerken niederschlug. Wichtige Natur- und Umweltschutzverbände wie der „Naturschutzbund“ in Deutschland, der „Sierra Club“ in den USA oder die „Royal Society for the Protection of Birds“ in Großbritannien stammen aus dieser Zeit. Während im deutschen Zusammenhang v.a. Natur- und Heimatschutzthemen, die von bedrohten Pflanzen und Tierarten über den lokalen Protest gegen Kraftwerksprojekte, Talsperren oder Aussichtstürme bis zur Ausweisung bzw. Forderung von Naturdenkmälern reichten, im Vordergrund standen, wurden in anderen Ländern auch Gewässer- und Luftverschmutzungen stärker thematisiert. Nach Uekötter setzte sich in dieser Zeit in allen westlichen Zivilisationen die Einsicht durch, dass die Natur durch gezielte menschliche Aktivitäten geschützt werden muss (zum ges. Absatz bis hierher Radkau 2011, 55-81; Uekötter 2011, 40-58; Salzborn 2017, 126). Ausdruck dieser Hochphase des ökologischen Denkens ist eine Vielzahl von Schriften und Beiträgen, in denen die Folgen und Probleme der Industrialisierung verarbeitet wurden (Götsch-Elten 2016; Stein 2016, 205).

Entscheidend ist im vorliegenden Zusammenhang, dass in diesen frühen Phasen ökologischen Denkens die thematisierten Umweltprobleme vorwiegend als raumzeitlich begrenzt wahrgenommen (Mende 2011, 45; Stein 1998, 67; 2016, 205) und daraus noch kaum umfassende Alternativentwürfe z.B. mit Blick auf Staat oder Ökonomie abgeleitet wurden (Dobson 1995, 35). Dies gilt auch noch für die 1950-Jahre. Zwar fällt in diese Zeit eine erwachende Umweltdebatte, da die Akzeptanz für eine verschmutzte Umwelt mit steigendem Wohlstand und dem immer angenehmer werdenden Leben zunehmend abnahm. Doch beschränkte sich die damit einhergehende Politisierung auf lokal fokussierte Proteste gegen direkt sinnlich wahrnehmbare Umweltverschmutzungen und Naturzerstörungen vor Ort. Auch die daraus entstandenen Not-, Arbeits- und Interessengemeinschaften blieben auf den lokalen Zusammenhang begrenzt, eine darüberhinausgehende Vernetzung fand kaum statt.⁶ Die Politisierung von Umweltfragen blieb also auf die Konflikte vor Ort begrenzt: „Es ging im Kern um den Schutz des eigenen Lebensumfeldes vor Beeinträchtigungen; das verlieh dem Protest häufig eine besondere Nachdrücklichkeit, implizierte aber auch eine rigide geo-

⁶ Prominente Beispiele aus dem Naturschutzbereich sind u.a. die langwierigen Auseinandersetzungen um das Staudammprojekt des Schluchseewerks im Südschwarzwald oder den vom britischen Militär als Zielgebiet für Bombenabwürfe genutzten Knechtstand, der zugleich ein wichtiger Mauserplatz für Brandgänse war (Uekötter 2011, 69-72).

graphische Begrenzung“ (Uekötter 2011, 69). „Das Umweltbewusstsein der fünfziger Jahre“, so Uekötter weiter, „war in aller Regel ein Bewusstsein für Einzelprobleme“ (ebd., 76). Als umfassende gesellschaftliche Herausforderung wurden die Umweltprobleme kaum thematisiert.⁷ (Zum ges. Absatz Uekötter 2011, 68–75, 83)

Dies begann sich im Laufe der 1960er-Jahre zu verändern. Zwar spielte die Umweltproblematik noch nicht die zentrale Rolle wie zu Beginn der 1970er-Jahre (Brand 1993, 18; von Weizsäcker 1989, 12; Steurer 2002, 92; Carter 2001, 1). Doch setzte bereits die Erkenntnis ein, „dass die Umweltschäden nicht mehr nur raum-zeitlich begrenzte Schäden sind, sondern nun eine neue, globale und weit in die Zukunft ragende Qualität erreichen“ (Stein 2016, 205).⁸ Am Übergang zu den 1970er-Jahren dominierte dann eine Lesart, welche die verschiedenen Umweltprobleme als Ausdruck einer fundamentalen und v.a. globalen Umweltkrise mit vielfältigen Symptomen begriff (Uekötter 2011, 90; Radkau 2011, 28; 162; Steurer 2002, 87f; Eckersley 1992, 8; Carter 2001, 4). Dazu Uekötter: „Es ging und geht nicht mehr um ein Sammelsurium von Einzelproblemen, sondern auch um ein großes

7 Wie Uekötter darlegt, nahm jedoch eine für die spätere Entregionalisierung des Umweltbewusstsseins zentrale Entwicklung bereits in den 1950er-Jahren ihren Ausgang: die wahrgenommene Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft, die Mitte der 50er-Jahre in eine globale Welle des Protestes führte. In der Bundesrepublik begannen die Proteste mit der Mainauer Kundgebung 1955 und der Göttinger Erklärung 1957. Günther Anders warnte in seinem Buch *Die Antiquiertheit des Menschen* (1956) vor der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomkraft. Im Zuge der 1958 von SPD und Gewerkschaften initiierten „Kampf dem Atomtod“-Kampagne entstand eine breitere Protestbewegung, die sich insbesondere gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr richtete. Auch wenn die Kampagne schnell verflachte, war diese Debatte folgenreich. Zum ersten Mal, so Uekötter, „wird hier eine apokalyptische Rhetorik eingeübt, die später zu einem Charakterzug der Umweltdiskussion werden würde“ (2011, 84; entspr. Mende 2011, 389). Darüber hinaus handelte es sich erstmals um ein entgrenztes Bedrohungsszenario, dessen Verursacher nicht lokal greifbar waren. (Zum ges. Absatz Uekötter 2011, 83f)

8 Ein wichtiger Meilenstein in dieser Entwicklung ist Rachel Carsons Buch *Der stumme Frühling* (1962), das auch in Deutschland eine enorme Resonanz hatte (Uekötter 2011, 84ff; Mende 2011, 295; Kupper 2003, 344f). Der *Spiegel* berichtete auf fünf Seiten über das Buch, in dem Carson insbesondere vor den ökologischen Folgewirkungen großflächig eingesetzter Pestizide, insbesondere DDT, warnte (Uekötter 2011, 84). Im Gegensatz zu den raumzeitlich begrenzten Umweltproblemen der 50er-Jahre deutete sich hier bereits ein verändertes Gefahrenpotenzial an: „Die neuen Gefahren waren [...] geografisch, zeitlich und sensorisch entgrenzt. Was bislang in erster Linie ein Problem bestimmter Landesteile [...] war, erschien nun als eine fundamentale Herausforderung, der jeder Bewohner der westlichen Welt unentrinnbar ausgesetzt war“ (ebd., 85).

Problem, ja die größte Herausforderung überhaupt: das Überleben der Menschheit und der Biosphäre“ (2011, 90; entspr. Mende 2011, 45, 372, 389ff; Dobson 1995, 35f; Bühler 2018, 183). Dabei war diese veränderte Wahrnehmung weniger Folge neu aufkommender Umweltprobleme, sondern vielmehr der Verbindung und Verdichtung vormals isolierter Debatten u.a. über vielfältige Umweltverschmutzungen, Ressourcenverbrauch sowie Tier- und Naturschutz (Uekötter 2011, 90f; Radkau 2011, 28). Beispielahaft zum Ausdruck kommt dies auch in der Medienberichterstattung: Der Aufhänger des ersten großen Umwelttitels des *Spiegels* lautete im Oktober 1970 „Der Mensch zerstört die Erde“ und behandelte eine enorme Bandbreite von Umweltproblemen (Radkau 2011, 150). Neu war v.a. auch die Wahrnehmung der globalen Dimension der ökologischen Krise sowie der Irreversibilität vieler Umweltschäden (Stein 1998, 67; Steurer 2002, 89).

Auch die Wahrnehmung des Planeten Erde veränderte sich in dieser Zeit. Immer mehr rückte die Endlichkeit des Planeten ins breite Bewusstsein. Die Erde wurde zunehmend als fragiler Planet wahrgenommen, dessen Tragekapazität und somit künftiges menschliches und nicht-menschliches Leben durch den industriellen ‚Raubbau‘ bedroht ist (Dobson 1995, 35; Stein 2016, 199; Dryzek 1997, 21; Eckersley 1992, 12). Ausschlaggebend für diese „Entdeckung des Planeten“ (Uekötter 2011, 80) waren auch die viel besprochenen ersten Bilder des blauen Planeten, welche die Begrenztheit der Erde augenscheinlich und greifbar werden ließen (Dryzek 1997, 21; Stein 2016, 206; Eckersley 1992, 12). Metaphorisch kommt dieses neue Bewusstsein in dem zu dieser Zeit weit verbreiteten Begriff des „Raumschiffs Erde“ zum Ausdruck (Eckersley 1992, 12). Auch hier wird die Globalisierung des Problembewusstseins deutlich (ebd., 12).

Maßgebliche Beschleuniger dieser veränderten Wahrnehmung von Umweltproblemen waren einflussreiche Studien der frühen 1970er-Jahre. Im Januar 1972 wurde als Sondertitel des *Ecologist* die Studie *Blueprint of Survival* veröffentlicht. Diese kam zu sehr ähnlichen Ergebnissen wie der zwei Monate später veröffentlichte Bericht an den Club of Rome mit dem programmatischen Titel *The Limits to Growth* (Steurer 2002, 149). Während *Blueprint for Survival* v.a. im angelsächsischen Sprachraum eine starke Resonanz erfuhr, war *Die Grenzen des Wachstums* auch im deutschen Sprachraum extrem einflussreich (ebd., 151). Der Bericht traf erstmals wissenschaftlich begründete Vorhersagen für den Fortgang der diagnostizierten Umweltkrise. Er stellte explizit die Verbindung zwischen verschiedenen Prozessen wie Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und Um-

weltzerstörung dar.⁹ Die Forschergruppe um Projektleiter Dennis Meadows kam zu folgendem Schluss: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“ (Meadows 1972, 17). Der Übergang in die nötige Gleichgewichtsgesellschaft sei nur durch eine radikale Reduktion des materiellen Wohlstandes, einen deutlich sparsameren Umgang mit Rohstoffen und eine restriktive Bevölkerungsbeschränkung zu erreichen (ebd.).

Der Bericht wurde zum Weltbestseller, erzeugte international eine enorme Resonanz und wurde breit rezipiert (Carter 2001, 41f; Graf 2008, 209; Hacke 2008, 189f; Steurer 2002, 91, 335; Mende 2011, 293f; Uekötter 2011, 86f).¹⁰ Er drang als „publizistischer Paukenschlag tief ins Bewußtsein einer breiten politischen Öffentlichkeit“ (Marten 1983, 1). Seine computergestützten Berechnungen verliehen dem Bericht die Autorität wissenschaftlicher Exaktheit, die eingängigen Formulierungen und einprägsamen Visualisierungen machten seine Ergebnisse niederschwellig zugänglich (Mende 2011, 293). „Die Weltmodelle, die exponentiellen und logistischen Wachstumskurven und die Gleichgewichtsszenarien gehörten bald zum bildungsbürgerlichen Grundwissen“ (Kupper 2004, 105). Der Bericht wurde in mehr als 35 Sprachen übersetzt und neun Millionen Mal verkauft (Kathke 2015, 8). In den Massenmedien war der Bericht und die sich anschließende Debatte über mehrere Monate eines der beherrschenden Themen (Steurer 2002, 223f). In der Summe hoben *Die Grenzen des Wachstums* die ökologische Krisenproblematik, insbesondere in ihrem globalen Ausmaß, in das breite öffentliche Bewusstsein (Carter 2001, 41f; d'Idler 2020, 51; Steurer 2002, 88f; Grunwald/Kopfmüller 2012, 20f; Welzer/Leggewie 2011, 71). Wie im Jahrhundert zuvor die soziale Frage, wird nun die ökologische Frage zum zentralen Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung (d'Idler 2020, 51; Schneidewind 2019, 66).¹¹

9 Siehe zur Rolle des Berichts in der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte Görtemaker 1999, 626f; Wolfrum 2006, 335-339 und Conze 2009, 545f, 569f.

10 Siehe zur Genese der Studie und deren Rezeption Hünemörder 2004, 222-227; Kupper 2004; Hahn 2006. Kritik erfuhr der Bericht vor allem aus der Wissenschaft, der marxistischen Linken sowie den Ländern der „Dritten Welt“ (Mende 2011, 293). Siehe für eine fundierte inhaltliche Aufarbeitung der Kritik Steurer 2002, 83-114.

11 Dabei ist der enorme Erfolg der Studie als „internationales Ereignis erster Güte“ (Uekötter 2011, 86) so zu erklären, dass er auf ein für seine Thesen bereits sehr

Die enorme Wirkung des Berichts ist auch Ausdruck der Zäsur, die mit dem Einbruch der „Umweltkrise“ verbunden war: „Nach einer Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten begann nun eine Zeit der Grenzen und Krisen“ (Uekötter 2011, 86, entspr. Dryzek 1997, 21; Kupper 2003, 348; Brüggemeier 1999, 181; Schneidewind 2019, 121ff). Entsprechend wurde diese Phase auch von vielen Zeitzeugen als tiefer Einschnitt wahrgenommen (siehe z.B. Gruhl 1975, 305; Eppler 1975, 9, 18; Ulrich 2019, 15). Beispielsweise beschreibt Erhard Eppler 1974, kurz nach seinem Rücktritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die erste Hälfte der 70er-Jahre als „historische Zäsur, deren Tiefe erst mit einem Abstand sichtbar werden wird“ (1975, 9). Der unbekümmerte Fortschritts- und Steuerungsoptimismus der Nachkriegszeit kam Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre zu einem jähnen Ende: Immer deutlicher wurde, dass der vermeintliche Fortschritt und die Lebensweise v.a. in den Industrienationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören drohen (Grunwald/Kopfmüller 2012, 20; Graf 2017, 171f; Kupper 2003, 348). Vielmehr stand fortan nicht nur das Fortschrittsverständnis der liberalen Moderne, sondern der bloße Prozess des Fortschreitens in die Zukunft infrage (Mende 2014, 372). Der sich mit der Moderne öffnende Zeithorizont einer gestaltbaren Zukunft (Habermas 1985, v.a. 141) drohte sich mit der ökologischen Krise wieder zu schließen (Graf 2017, 171f).¹²

empfängliches öffentliches Meinungsklima traf (Radkau 2011, 149; Mende 2011, 295f; Hünemörder 2004b, 87; Steurer 2002, 224f). Der Bericht erschien zu einem Zeitpunkt, als die ökologischen Krisenthemen wie Umweltgifte, Radioaktivität oder die Zunahme der Weltbevölkerung bereits „in aller Munde waren“ und bereits „zu den Konstanten einer von den Medien begierig aufgegriffenen und teils von ihnen zusätzlich befeuerten öffentlichen Debatte“ zählten (Mende 2011, 296). Er ist damit „nur der Höhepunkt und die Chiffre eines Diskurses, der seit dem Ende der 1960er-Jahre eingeläutet worden war“ (Mende 2011, 295). Zugleich war er der Gipfel einer Vielzahl öko-apokalyptischer Schriften v.a. seit Ende der 1960er-Jahre, welche die diskursiven Grundlagen für dessen Wirkung bereiteten (z.B. *Die Bevölkerungsbombe* von Paul Ehrlich, *Zukunftsschock* von Alvin Toffler oder Barry Commoners *Wachstumswahn und Umweltkrise* (Graf 2008, 209f; Kupper 2003, 344f; Hünemörder 2004b, 78-81; 2005, 133; Mende 2011, 295f). Der Bericht und seine Rezeption sind somit zugleich Ausdruck als auch Treibkraft der „ökologischen Bewusstwerdung“ (Ulrich 2019, 9) dieser Zeit. Er ist nicht, wie Hermann behauptet, der Urknall des neuen Umweltbewusstseins (1991, 143ff), sondern vielmehr der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte (Radkau 2011, 149).

¹² Kupper spezifiziert, dass diese Zäsur auch deshalb so einschneidend ausfiel, weil mit der Fortschritts- und Wachstumskritik gerade die beiden Paradigmen infrage gestellt wurden, die sich die zwei großen konkurrierenden Denkströmungen der Moderne, der Liberalismus und der Marxismus, teilen (2003, 348).

Mit diesen Entwicklungen erhielt die Umweltfrage in den frühen 1970er-Jahren eine neue Qualität und Dringlichkeit (Dryzek 1997, 21f; Kupper 2003, 341; Brand 1993, 18; Uekötter 2011, 90; Mende 2014, 365, 372). Umweltprobleme waren keine nicht intendierten Handlungsfolgen der auf Wohlstandssteigerung ausgerichteten Aktivitäten mehr, sondern fundamentale gesellschaftliche Herausforderung erster Priorität (Kupper 2003, 327f, 334; Uekötter 2011, 90). Entsprechend wird diese Zeitphase in der Umwelthistorik als „geistige Wasserscheide“, „ökologische Revolution“, „ökologischer Urknall“, „Epochenwende“ oder Beginn der „Ära der Ökologie“ beschrieben.¹³ Diese „ökologische Revolution“ äußerte sich auf verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen.¹⁴ Im vorliegenden Zusammenhang entscheidend ist, dass der ökologische Impuls auch im politischen Denken Folgen zeitigte. Mit dem ökologischen politischen Denken entstand ein neuer Strang des politischen Denkens, der ausgehend von der Wahrnehmung der ökologischen Krise als existentielle Herausforderung den Status quo grundsätzlich infrage stellt, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu durchdenkt und alternative gesellschaftliche Zielvorstellungen entwickelt (Dobson 1995, 35f; Stein 2016, 201, 205; Eckersley 1992, 9; Ball 2003, 535;

13 Vgl. entspr. u.a. Radkau 2011, 28, 124; Uekötter 2011, 110; Uekötter 2003, 389; Mende 2011, 24; Kupper 2003, 348; Kupper 2021, 14; Graf 2008, 208; Hünemörder 2004, 18, 163-181; Hünemörder 2005; Brüggemeier/Engels 2005, 13

14 In Umfragen lässt sich ein stark ansteigendes umweltbezogenes Problembewusstsein in der Bevölkerung nachweisen (Steurer 2002, 92ff). Der umwelt- und atompolitische Aktivismus gewann innerhalb kürzester Zeit, zunächst in den USA, davon ausgehend in Europa und vor allem in der Bundesrepublik rasant an Tempo. In den USA beteiligten sich bereits Anfang 1970 rund 20 Millionen Bürger an Veranstaltungen rund um den „Earth Day“. Die Medienaufmerksamkeit für das Umweltthema stieg deutlich an. In Deutschland entstanden ab 1970 eine rasant anwachsende Zahl an Bürgerinitiativen, die sich bereits 1972 im Dachverband Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammenschlossen. Auch jenseits dessen entstand eine Vielzahl neuer zivilgesellschaftlicher Organisationen, allen voran Umweltverbände wie z.B. Greenpeace oder der BUND, mit teilweise enormem Mitgliederzuwachs. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre konstituierten sich zunehmend grüne Parteien. Auch im institutionalisierten politischen Diskurs wurde Umwelt zu einem zentralen Thema. Bereits Ende der 60er-Jahre entstand im Bundesinnenministerium eine Abteilung für Umweltschutz, die zuvor verstreute Kompetenzen bündeln sollte. 1970 legte die sozialliberale Bundesregierung ein „Sofortprogramm zum Umweltschutz“ vor, das sich vom punktuellen und reaktiven Umweltschutz lösen und zu einer umfassenden, der „Umweltkrise“ angemessenen Umweltpolitik kommen sollte. 1972 fand in Stockholm die erste große Umweltkonferenz der UN statt. (Zum ges. Absatz Radkau 2011, 134-137, 140ff, 149ff; Kupper 2003, 334-338; Uekötter 2011, 86-92, 103; Hünemörder 2005, 131-134; von Weizsäcker 1989, 19-25; Carter 2001, 4f)

Probst 2009, 95f; Carter 2001, 4). Beschränkten sich die Beiträge Ende der 1960er-Jahre noch vorwiegend auf apokalyptische Krisenbeschreibungen, wird nun zunehmend nach alternativen Entwicklungspfaden gesucht (Kupper 2003, 346). Probst spricht von einer „ideenpolitischen Wende“, da sich dieser Strang des politischen Denkens vom tradierten Spektrum des politischen Denkens en gros abgrenzt und dieses damit substanzial erweitert (2009, 95f; ähnlich Salzborn 2017, 125f).

Ausdruck dieser Entwicklung war ein starker Aufschwung öko-politischer Literatur (Hermand 2020, 26; Fenske 2009, 3; d'Idler 2020, 53). Dieser zeigt sich zum einen an entsprechenden Reaktionen im tradierten Spektrum des politischen Denkens. Bereits 1973 erschien eine Ausgabe des Kursbuches unter dem Titel *Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung*, in der sich linke Perspektiven auf das Thema versammelten. Der einleitende Essay von Hans Magnus Enzensberger wurde national und international breit rezipiert.¹⁵ Bis 1975 folgten mehrere einschlägige monografische Publikationen aus dem breiten linken Spektrum. Die relevantesten sind *Ende oder Wende* des kurz zuvor zurückgetretenen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und prominentesten ökologischen Vordenkers der Sozialdemokratie Erhard Eppler sowie *Kommunismus ohne Wachstum* des bekannten DDR-Philosophen und Marxisten Wolfgang Harich. Beide Schriften sind entscheidende Wegmarken des frühen deutschen ökologischen politischen Denkens (vgl. Zusatzkapitel II).¹⁶

Auch im konservativen Spektrum wurde eine kontroverse Debatte zur neuen ökologischen Herausforderung geführt, die von Graf aufgearbeitet wurde (2008). Denker, die sich dieser Frage offensiv annahmen und nach konservativen Antworten auf die ökologische Krise suchten, formierten sich v.a. um die ab 1971 herausgegebene Zeitschrift *Scheidewege* (ebd., 215f).¹⁷ Eine gemeinsame Position formulierten viele von ihnen 1975 im *Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation*, das ebenfalls in den Scheidewegen veröffentlicht wurde. Im selben Jahr erschien mit *Ein Planet*

15 Siehe z.B. in Strasser/Traube 1981, 8; Amery 1991, 218; Harich 1975, 20, 54; Hermand 2020, 25; 1991, 147f; Mende 2011, 306f; Kupper 2003, 347; Eckersley 192, 16; Carter 2001, 66.

16 Weitere frühe Zeugnisse linker Provenienz sind u.a. aus sozialdemokratischer Perspektive *Krisenmanagement oder Politik* (1974) und *Strukturelle Revolution* (1974) von Jochen Steffen, der Gesprächsbund *Die Krise* (1974) von Freimut Duve und Sicco Mansholt sowie aus marxistischer Perspektive die Übersetzung *Ökologische Krise* (1974) von Guy Biolat und *Anti-Enzensberger* (1974) von Gerhard Kade.

17 Zu nennen sind v.a. Gerhard Helmut Schwabe, Friedrich Georg Jünger, Max Himmelheber, Jürgen Dahl, Michael Lohmann und Gert Kragh (Graf 2008, 215f).

2 Ökologisches politisches Denken

wird geplündert von Herbert Gruhl eine der erfolgreichsten umweltpolitischen Schriften eines deutschsprachigen Autors. Das Buch des damaligen Vorsitzenden des Umweltausschusses der Unionsfraktion im Bundestag verkaufte sich über 400 000 mal (Wüst 1993, 152; Kathke 2016, 4). Es gilt als Schlüsseldokument für die bundesdeutsche Ökologiedebatte (Mende 2011, 72f; Alt 1978). Erhard Eppler konstatierte im Rückblick, dass kein Buch eines aktiven Politikers seit dem Zweiten Weltkrieg eine solche Wirkung entfaltete habe (1983, 86f).

Zum anderen traten neben den Reaktionen aus dem tradierten Spektrum öko-politische Denker auf den Plan, die zuvor nicht explizit als politische Denker in Erscheinung getreten waren oder nicht im tradierten Spektrum des politischen Denkens zu verorten sind. Bereits 1972 veröffentlichte z.B. der bis dahin v.a. als Romanautor rezipierte Carl Amery *Das Ende der Vorsehung*, das in den Folgejahren siebenmal neu aufgelegt wurde. Amery wurde von anderen öko-politischen Denkern retrospektiv als Begründer einer öko-sozialistischen Perspektive beschrieben (Strasser/Traube 1981, 10; Bahro 1980, 53). Im selben Jahr erschien *Das Überlebensprogramm* des Chemikers und Kybernetikers Fredric Vester, der später in den Club of Rome aufgenommen wurde. Stark rezipiert wurden auch die Übersetzungen der Schriften des bis dahin v.a. als Bildungs- und Medizinkritiker in Erscheinung getretenen Ivan Illich (v.a. *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, 1974). Ein weiteres Beispiel ist der bis dahin publizistisch wenig wahrgenommene Jost Herbig mit *Das Ende der bürgerlichen Vernunft* (1974).

So wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert (vgl. dazu Meyer 2008) eröffnete also um 1970 die ökologische Frage ein neues Feld des politischen Denkens, was sich in der benannten Literatur niederschlägt. Seither ist die ökologische Krise als Gesellschaftsdiagnose immer wieder von anderen Problemlagen in den Hintergrund gedrängt worden. Verschwunden ist sie jedoch nicht mehr von der Agenda der öffentlichen politischen Auseinandersetzung. Entsprechend zieht sich auch das ökologische politische Denken und damit die Antwortsuche auf diese Herausforderung bis heute fort.

3 Methodische Herangehensweise

In den vorherigen Kapiteln wurde sowohl der Untersuchungsgegenstand als auch die sich darauf beziehenden Forschungsfragen spezifiziert. Auf dieser Grundlage kann im Folgenden die methodische Herangehensweise dargestellt werden. Übergeordnet sind zwei Schritte zu unterscheiden. Erstens die Auswahl des Untersuchungsmaterials, zweitens das Vorgehen bei der Untersuchung des ausgewählten Materials. Im Folgenden wird zunächst der Prozess der Materialauswahl vorgestellt.

Materialauswahl

Ziel der Untersuchung ist ein adäquates Abbild der Landschaft des ökologischen politischen Denkens zu zeichnen und gleichzeitig ein tiefes Verständnis für diese Denklandschaft und ihre Heterogenität zu entwickeln. Deshalb gilt es einen Untersuchungskorpus auszuwählen, der groß und breit genug ist, um die Denklandschaft abzubilden und gleichzeitig so handhabbar bleibt, dass eine tiefgehende Untersuchung des Materials möglich ist. Für diesen Mittelweg werden zwei übergeordnete Eingrenzungen vorgenommen:

- a. Es wird nicht die gesamte zeitliche Entwicklung des ökologischen politischen Denkens untersucht, sondern der Fokus auf zwei Zeitphasen gelegt.
- b. Es wird innerhalb dieser Zeitphasen nur eine begrenzte Zahl an Positionen berücksichtigt, die aber gleichzeitig ein breites Spektrum abdeckt.

Zu a): Für das ökologische politische Denken lassen sich zwei Hochphasen identifizieren, die sich durch eine starke Kontroversität und eine breite öffentliche Resonanz auszeichnen. In diesen Hochphasen will die Untersuchung Einblick in diese Denkströmung nehmen. Kontroversität und öffentliche Aufmerksamkeit waren bzw. sind immer dann gegeben, wenn die ökologische Krise als Fundamentalherausforderung besonders deutlich wahrgenommen und empfunden wird. Insbesondere haben in diesen Hochphasen auch radikalere Positionen, v.a. wachstums- und kapitalismuskritische Entwürfe Konjunktur, was zur Kontroversität beiträgt.

Eine erste Hochphase schließt sich an den oben beschriebenen „ökologischen Impuls“, vor allem an die Veröffentlichung *Der Grenzen des*

Wachstums, an.¹⁸ Wie dargelegt, ist ab den frühen 1970er-Jahren eine Welle öko-politischer Literatur mit einer Vielzahl von Alternativentwürfen zu verzeichnen. Die vielfältigen Beispiele als Ausdruck dieses Aufschwungs wurden bereits genannt. Dementsprechend notiert der SPD-Politiker Gerhard Erler 1975, dass die öko-politischen Bücher, „die dringend nach politischen Umkehrprozessen im Maßstab einer ‚planetarischen Wende‘ rufen [...], derzeit Monat von Monat neue Gesellschaft bekommen“ (Erler 1975). Insbesondere entwickelt sich im Anschluss an den Club of Rome-Bericht eine ausgeprägte ökologische Wachstumskritik, die den Ökologie-Diskurs stark polarisiert (Markantonatou 2013, 1, 5f; Seidl/Zahrnt 2012, 1; Schmelzer/Vetter 2019, 36, 73; AK Postwachstum 2016, 9).

Ab Anfang der 1980er-Jahre erlebt die Politisierung der ökologischen Frage dann einen weiteren Höhepunkt, was zunächst v.a. durch die Debatte um das Waldsterben, in den Folgejahren dann durch das Hervortreten neuartiger Umweltprobleme wie dem Klimawandel oder der Zerstörung der Ozonschicht befeuert wird (Uekötter 2011, 111-119; von Weizsäcker 1989, 27; Steurer 2002, 343; Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f; Stein 2016, 199). Entsprechend zeigt sich auch in den 80er-Jahren eine starke Konjunktur öko-politischer Literatur (Stein 2016, 217). Hermand sieht einen Peak öko-politischer Schriften 1982, bevor die Zahl ökologisch motivierter Alternativentwürfe in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre abnehme (2020, 29f). Da er dies nicht empirisch unterlegt, kann dies nicht verifiziert werden. Die für diese Untersuchung vorgenommenen Nachforschungen machen aber zumindest deutlich, dass die große Mehrzahl der breit rezipierten öko-politischen Alternativentwürfe in die Phase der frühen 1970er-Jahre bis in die frühen 1980er-Jahre fällt. Zwar führt die Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl 1986 noch einmal zu einer Intensivierung der Umweltdebatte (Uekötter 2011, 119), es lässt sich aber kein neuerlicher Aufschwung öko-politischer Literatur, wie sie hier im Fokus steht, verzeichnen. Mit der Wiedervereinigung Ende der 1980er-Jahre tritt die ökologische Frage in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund (Uekötter 2011, 131f; Hermand 2020, 30). Die erste zu untersuchende Hochphase wird daher so eingegrenzt, dass diese zu Beginn der 1970er-Jahre einsetzt und gegen Mitte der 1980er-Jahre endet.

18 Der zeitgeschichtliche Hintergrund der Umweltdebatte in den beiden Zeitphasen wird in den weiteren Teilen der Arbeit näher beleuchtet. An dieser Stelle geht es nur um einen groben Überblick.

In den 1990er-Jahren befindet sich die Ökologie-Thematik in der Defensive. Insbesondere die Wirtschaftskrise nach der Wiedervereinigung und der zunehmend eisige Wind der Globalisierung führen zu einem öffentlichen Meinungsklima, in dem ambitionierte Umweltpolitik eher als Bremsklotz denn als vordringliche Aufgabe wahrgenommen wird (Uekötter 2011, 131-134; Loske 2015, 35; Radkau 2011, 499).¹⁹ Auch die ökologisch motivierte Wachstumskritik findet in dieser Zeit vorwiegend in begrenzten Diskursräumen statt und erhält keine breitere öffentliche Aufmerksamkeit (Schmelzer/Vetter 2019, 37; Schmelzer et al. 2018, 3).

Eine stärkere öffentliche Politisierung der ökologischen Frage lässt sich dann wieder in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre verzeichnen. In ökologischer Hinsicht steht v.a. die Wahrnehmung der sich verschärfenden Klimakrise im Vordergrund (Welzer/Leggewie 2011, 18; von Weizsäcker 2010, 236; Eppler/Paech 2016, 53; Schmelzer/Passadakis 2011, 58). Die große Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 drängt diese einerseits wieder in den Hintergrund (von Weizsäcker 2010, 236), führt aber andererseits zur Wiederbelebung der Wachstums- und Kapitalismuskritik, die stark zur Polarisierung der Ökologie-Debatte beiträgt (Markantonatou 2013, 1, 5; Wendt/Görgen 2020, 24; Schmelzer 2014, 16f, Chaloupek/Feigl 2012, 771, Steurer 2010, 423f). Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird vielfach als Krise des neoliberalen Wachstumsmodells aufgefasst (Markantonatou 2013, 1, 5), welches sowohl mit Blick auf die Umwelt als auch auf das gesellschaftliche Wohlergehen nicht weiter tragbar erscheint (Brand/Schickert 2019, 165). Damit schafft die Krisenstimmung dieser Zeit einen Resonanzboden für gesellschaftliche Alternativentwürfe (Eppler/Paech 2016, 44; Brand 2018, 22). In die Folgezeit fällt ein Aufschwung öko-politischer Literatur, die vielfach Forderungen nach grundlegenden Veränderungen stellt (Stein 2016, 217). Insbesondere wachstumskritische Literatur erlebt einen deutlichen Aufschwung (Seidl/Zahrnt 2012, 1). Beispielhaft genannt für die Konjunktur öko-politischer Schriften in diesen Jahren seien breit rezipierte Werke wie *Das Ende der Welt wie wir sie kannten* (2009) von Harald Welzer und Claus Leggewie, Meinhard Miegels *Exit* (2010), Christian Felbers *Gemeinwohl-Ökonomie* (2010) oder *Faktor fünf* (2010) von Ernst

19 Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass gegen Ende der 80er-Jahre bis in die frühen 1990er-Jahre eine Hochphase internationaler Umweltpolitik zu verzeichnen ist. Ausdruck dessen ist z.B. der bis dahin einmalige Erfolg in der internationalen Ozonpolitik (v.a. Montreal-Protokoll 1987) sowie der Rio-Gipfel von 1992, auf dem gleich drei internationale Umweltregime verabschiedet wurden. (Uekötter 2011, 121-124; Radkau 2011, 499ff)

Ulrich von Weizsäcker, die allesamt zu Spiegel-Beststellern avancierten. Die vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit für das Ökologie-Thema hält seither an. Zwar rückte die ökologische Krise durch andere Problemlagen, z.B. die Flüchtlingskrise 2015, die Corona-Pandemie oder jüngst den Krieg in der Ukraine, immer wieder in den Hintergrund, verschwindet aber nicht mehr längerfristig von der Agenda der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies gilt entsprechend für die Vielzahl öko-politischer Veröffentlichungen (vgl. Zusatzkapitel III). Daher wird die zweite zu untersuchende Hochphase so datiert, dass diese mit der Wirtschafts- und Finanzkrise beginnt und seither anhält.

Zu b): Die Untersuchung nimmt das ökologische politische Denken also in zwei ausgewählten Zeitphasen unter die Lupe. Dazu ist für beide Phasen eine begründete Materialauswahl zu treffen, die einen aussagekräftigen Einblick ermöglicht. Zunächst können aus dem oben entwickelten Begriff des (ökologischen) politischen Denkens zwei erste Eingrenzungen abgeleitet werden. Zum einen schränkt das Kriterium des politischen Gestaltungsspruchs den Untersuchungskorpus auf Beiträge ein, die über die bloße Krisenanalyse hinausgehen und Lösungsansätze entwickeln. Zum anderen schließt das Kriterium der substanzialen Begründungstiefe Beiträge aus, die sich weitgehend auf Meinungsäußerungen und/oder das Aufstellen von Forderungskatalogen beschränken. Dies gilt z.B. für Parteiprogramme oder viele Manifeste von Denkkollektiven.

Aus dem oben dargelegten Forschungsinteresse können vier weitere Voreinschränkungen extrahiert werden. Erstens folgt aus dem Ziel, die wichtigen Grundpositionen des ökologischen politischen Denkens ganzheitlich darzustellen, dass nur umfassende Beiträge berücksichtigt werden. „Umfassend“ bedeutet einerseits, dass die Beiträge eine Antwort auf die ökologische Krise als solche, nicht nur auf einzelne Teilaspekte geben wollen. Dies schließt Beiträge aus, die auf einzelne Politikfelder wie z.B. die Biodiversitätspolitik oder den Gewässerschutz fokussieren. Andererseits bedeutet „umfassend“, dass die Beiträge nicht nur einen Alternativentwurf begründen, sondern auch eine Vorstellung davon entwickeln, wie dieser Alternativentwurf zu erreichen ist. Aus diesem Fokus auf umfassende Darstellungen folgt eine Eingrenzung auf monografische Beiträge, da solch umfassende Positionen zumeist in dieser Form veröffentlicht werden. Andersartige Beiträge wie insbesondere kürzere Essays werden nur herangezogen,

insofern sie Positionen und Argumente, die in den Monografien geäußert werden, erläutern oder vertiefen.²⁰

Zweitens folgt aus dem Interessensfokus auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe, dass nur Beiträge untersucht werden, die auch in dieser Hinsicht Position beziehen. Dies schließt Beiträge aus:

- die auf einer (individual-)ethischen Ebene verbleiben bzw. sich auf die Beschreibung alternativer Werteordnungen oder Grundhaltungen beschränken (z.B. Rosa 2016).
- die auf die Ebene der individuellen Lebensführung fokussieren, aber keine Vorstellung gesamtgesellschaftlichen Wandels entwickeln (z.B. Niemitz 2019).
- die zwar ökologische Erfordernisse beschreiben (z.B. weniger Fleischkonsum, Ausbau der erneuerbaren Energien), aber keine oder kaum Vorstellungen von der politischen Umsetzung aufweisen (z.B. Hirschhausen 2021).

Drittens werden keine Beiträge von wissenschaftlichen Autorenkollektiven berücksichtigt. Relevant sind in diesem Zusammenhang einige Großstudien von Akteuren der wissenschaftlichen Politikberatung, die umfassende öko-politische Positionen begründen und viel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten haben. Prominente Beispiele sind die vom BUND und Misereor beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegebenen Studien *Zukunftsfähiges Deutschland* (1996 und 2008) oder das WBGU-Gutachten *Welt im Wandel. Die große Transformation* (2011). Die vorliegende Untersuchung interessiert sich im Rahmen des angestrebten „tiefen“ Verständnisses des ökologischen politischen Denkens insbesondere für die Frage, inwiefern sich die Heterogenität der Denklandschaft auf die divergenten ideologischen Hintergründe der öko-politischen Denker²¹ zurückführen lässt. Für wissenschaftlich orientierte Autorenkollektive ist ein solcher ideologischer Hintergrund schwer auszumachen.

20 Für die zweite Zeitphase werden neben schriftlichen Beiträgen auch Podiumsdiskussionen mit zwei oder mehr der ausgewählten Denker berücksichtigt. Diese direkten Kontroversen bieten eine sehr gute Möglichkeit, die aus der Untersuchung der schriftlichen Beiträge extrahierten Trennlinien zu prüfen und das Verständnis dafür zu vertiefen. Für die erste Zeitphase finden sich solche Aufzeichnungen kaum.

21 Im weiteren Verlauf der Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Viertens folgt aus dem Interessensfokus auf den deutschsprachigen Diskurs, dass nur deutschsprachige Veröffentlichungen in den Auswahlprozess aufgenommen werden. Übersetzungen von im Original anderssprachigen Werken werden nur in zwei Fällen herangezogen: wenn sie mit Blick auf ihre Relevanz unverzichtbar sind oder wenn sie die geforderten Relevanzkriterien erfüllen (s.u.) und gleichzeitig für die Abdeckung eines breiten Spektrums unverzichtbar sind.²²

Im Rahmen dieser Eingrenzungen ist die Autoren- und Materialauswahl vorzunehmen. Die konkrete Auswahl der Denker und Werke erfolgt in der Abwägung von drei Kriterien. Grundsätzlich wird das Ziel verfolgt, die relevantesten Exponenten des ökologischen politischen Denkens heranzuziehen. Relevanz bezieht sich dabei auf die Wirkmacht, die eine politische Idee bzw. ein öko-politischer Beitrag erzielt hat. Für die Abschätzung der Relevanz werden die folgenden Indikatoren herangezogen: Auflagenzahlen bzw. Verkaufszahlen, Besprechungen in überregionalen Zeitungen, Bestsellerlistungen, Nennungen als relevanter Vertreter bzw. Vordenker in der Sekundärliteratur und Referenzen bei anderen öko-politischen Denkern.²³ Das Relevanz-Kriterium wird gegen zwei weitere Kriterien abgewogen. Einerseits bezieht sich dies auf die beschriebenen inhaltlich-qualitativen Anforderungen im Sinne „umfassender“ Beiträge. Diesbezüglich ergeben sich mit Blick auf die generell infrage kommenden Beiträge graduelle, keine prinzipiellen Unterschiede, die zu berücksichtigen sind. Andererseits gilt es auch das Kriterium der Abdeckung eines breiten Spektrums in die Abwägung einzubeziehen. Dieses Ziel eines breiten Spektrums gilt sowohl

-
- 22 An dieser Stelle sei bereits vorweggenommen, dass nur das Werk *Haben oder Sein* von Erich Fromm als im Original nicht deutschsprachiger Beitrag berücksichtigt wird.
 - 23 Die Anwendung dieser Indikatoren variiert je nach Datenlage zwischen beiden Zeitphasen. Nennungen in überregionalen Zeitungen lassen sich für die zweite Phase besser nachvollziehen. Dazu kann auf das umfassende Rezensionsarchiv des Online-Kulturmagazins *Perlentaucher* zurückgegriffen werden (www.perlentaucher.de). Für die erste Phase sind die Möglichkeiten beschränkter. Es können nur die Archive von *Spiegel* und *Zeit* herangezogen werden, da diese eine entsprechend weit zurückreichende digitale Recherche ermöglichen. Die Berücksichtigung von Bestsellerlistungen ist nur für die zweite Phase systematisch möglich. Die Grundlage hierfür bietet das Archiv der Spiegel-Bestsellerlisten (<https://www.buchreport.de/spiegel-bestseller/suche-im-bestsellerarchiv/>). Der Indikator der Auflagenzahlen ist hingegen für die erste Phase deutlich besser nachvollziehbar. Während die Verlage diese Daten für ältere Werke zumeist herausgeben, sind sie bezüglich neuerer Veröffentlichungen deutlich zurückhaltender.

für die vertretenen öko-politischen Positionen als auch die ideologischen Hintergründe der Autoren.²⁴

Bevor auf die Methode zur Untersuchung des ausgewählten Materials eingegangen wird, ist eine letzte Anmerkung zur Materialauswahl vonnöten. Die auszuwählenden Autoren sind in der vorliegenden Arbeit der Schlüssel bzw. der Zugang zum ökologischen politischen Denken als politische Denkströmung. Der Untersuchungsgegenstand der Arbeit ist die Strömung, nicht der einzelne Denker. Entsprechend zielt die Materialauswahl darauf, die wichtigsten politischen Ideen und Positionen dieser Strömung zu identifizieren. Daraus folgt, dass von den jeweiligen Denkern nur einzelne, besonders relevante Beiträge, nicht aber die zeitliche Entwicklung ihres Denkens abgebildet werden. Dies stellt in Hinblick auf das ökologisch-politische Denken der einzelnen Autoren zwar eine Verkürzung dar, dient aber dem beschriebenen Forschungsinteresse.

Textinterpretation

Zweiter wichtiger Teil der methodischen Herangehensweise ist das Vorgehen bei der Untersuchung des ausgewählten Materials. Trotz einer zuletzt zunehmenden Aufmerksamkeit für methodische Fragen herrscht in der politischen Ideengeschichte nach wie vor vielfach eine Methodenabstinenz in dem Sinne vor, dass das eigene Vorgehen nicht oder kaum reflektiert wird (Leopold/Stears 2008, 1f; Richter 2009, 7; Busen/Weiß 2013, 16).²⁵ Diese Zurückhaltung folgt sicher auch aus dem Untersuchungsgegenstand der politischen Ideengeschichte, da das Lesen und Verstehen von Texten oft als ein eher intuitiver Vorgang betrachtet wird (Reh 2006, 111). Dies ist mit Leopold/Stears jedoch kritisch zu bewerten, denn „[a]fter all, the choice is not between having a method and not having one, but rather between deciding to think about that method or simply carrying on unreflectively“ (2008, 2). Es ist diese Tatsache der „Unvermeidlichkeit eines (wenn auch impliziten) methodischen Vorgehens“ (Busen/Weiß 2013, 21), die eine bewusste Reflexion der eigenen Herangehensweise erforderlich macht. Dies gilt umso mehr, als dass die Ergebnisse der Untersuchung

24 Die konkrete Anwendung und Abwägung der drei Auswahlkriterien im Sinne einer detaillierten Darstellung des Auswahlprozesses für beide Zeitphasen kann in den Zusatzkapiteln II und III nachvollzogen werden.

25 In dieses Bild passt auch der Mangel an Orientierung gebenden Lehrbüchern, die sich explizit mit dem Kanon der Methoden im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte beschäftigen (Busen/Weiß 2013, 20).

auch in der politischen Ideengeschichte von der methodischen Herangehensweise abhängen (Busen/Weiß 2013b, 7).

Das methodische Vorgehen ist aus dem jeweiligen Erkenntnisziel abzuleiten (Zapf 2011, 44). Zapf unterscheidet vier globale Erkenntnisziele, die je unterschiedliche Forschungsdesigns implizieren: das Verstehen politischen Denkens bzw. politischer Theorie²⁶, dessen Analyse als gesellschaftliches Phänomen, die Produktion normativer Aussagen und zuletzt die Bewertung der Wirkung politischen Denkens (2011, 42f). Offensichtlich geht es der vorliegenden Untersuchung weder um die Produktion normativer politischer Theorie noch um die Bewertung der Wirkung politischen Denkens. Mehr Beachtung muss der Abgrenzung zwischen den ersten beiden Erkenntniszielen zugeschlagen werden. Wird politisches Denken als gesellschaftliches Phänomen adressiert, geht es vor allem darum, vom untersuchten Material auf die soziale Wirklichkeit zu schließen (Zapf 2011, 73f, 81; Behnke et al. 2006, 337f). Es werden dann Materialisationen von Diskursen oder politischem Denken untersucht, um „gesellschaftliche Metastrukturen“ zu analysieren und offen zu legen (Hildebrandt et al. 2015, 273; Behnke et al. 2006, 337). Solche Analysen greifen vornehmlich auf diskursanalytische, begriffsgeschichtliche oder ideologeanalytische Ansätze zurück (Zapf 2011, 46, 81-95). Wenn das primäre Erkenntnisziel hingegen das Verstehen politischen Denkens ist, geht es um das Nachvollziehen der Texte um ihrer selbst willen. Für dieses Verstehen ist der soziale Kontext zwar von Bedeutung, dient aber lediglich als Hilfestellung für ein besseres Textverständnis (ebd., 73f, 81).

Die vorliegende Untersuchung lässt sich dem Erkenntnisziel des Verstehens politischen Denkens zuordnen. Für dieses Ziel stehen rekonstruktive methodische Ansätze zur Verfügung. Der Begriff der Rekonstruktion beschreibt im Gegensatz zur bloßen „Darstellung“, dass „das behandelte Material auf eine bestimmte Art und Weise ‚zusammengebaut‘ werden [muss], damit es für eine anschließende Diskussion verfügbar ist“ (ebd., 71). Rekonstruktion betont damit das Moment der Aneignung durch einen interpretativen Prozess (ebd.). Das Handwerkszeug rekonstruktiver Ansätze ist die hermeneutische Interpretation (ebd., 71f). Dabei kann zwischen den Polen der historischen Rekonstruktion und der rationalen Rekonstruktion unterschieden werden (ebd., 72f). Die historische Konstruktion, wie sie insbesondere im Umfeld der sogenannten „Cambridge School“ begrün-

26 Anders als die vorliegende Arbeit versteht Zapf diese Begriffe synonym (Zapf 2011, 20).

det und beschrieben wurde, stellt die Frage in den Mittelpunkt, was „ein Autor seinen Zeitgenossen mit seiner politischen Theorie sagen und welche politischen Wirkungen er damit erzielen wollte“ (ebd., 73). Ziel ist also, „politische Theorien in ihrem historischen Kontext zu verorten und sie davon ausgehend möglichst adäquat zu verstehen“ (ebd.). Ein solches Vorgehen muss den biographischen, linguistisch-konzeptuellen und situativen Kontext eines Textes in umfassender Weise mit einbeziehen. Die „rationale Rekonstruktion“ hingegen zielt darauf ab, (zurückliegendes) politisches Denken für heutige Diskussionen und Problemlagen verfügbar zu machen (ebd.). Hier kann im Sinne einer „zielgerichteten Dekontextualisierung“ (Brunkhorst 2000, 7) von einer umfassenden Kontextualisierung abgesehen werden, da ein Text bewusst aus seinem historischen Kontext herausgelöst und aus der Gegenwartsperspektive gelesen wird.

Ausgehend vom Forschungsinteresse verfolgt die vorliegende Untersuchung einen Mittelweg. Es wird ein primär werkimmanent fokussierter Interpretationsansatz verfolgt, der aber um die Betrachtung zeithistorischer Kontextelemente ergänzt wird. Diese Kontextbetrachtung beschränkt sich auf die Kontextualisierung der Ökologiedebatte beider Zeitphasen. Anders formuliert geht es darum, die Herausforderung bzw. die Frage zu verstehen, auf die das ökologisch motivierte politische Denken einer bestimmten Zeit Antworten geben will. Das ökologisch-politische Denken einer Zeit reagiert stets auf eine zeitspezifische Wahrnehmung der ökologischen Krise, die wiederum von nicht-ökologischen Ereignissen und Entwicklungen beeinflusst werden kann. Dies gilt es zu berücksichtigen, um die jeweiligen Positionen und die zeitliche Entwicklung der Denklandschaft nachvollziehbar zu machen. Es wird aber keine darüberhinausgehende Aufarbeitung der generellen zeithistorischen Entwicklung vorgenommen. Was ebenfalls keine Berücksichtigung findet, ist der biografische Kontext der einzelnen untersuchten Denker. Die Arbeit zielt zwar auf ein tiefes Verständnis der konkurrierenden Positionen. Dies bezieht sich aber auf Hintergrundannahmen, die sich aus den Texten extrahieren lassen (z.B. Menschenbilder, Freiheitsverständnisse). Es geht nicht darum, diese Hintergrundannahmen selbst wiederum erklären zu können. Dies würde in der Tat eine umfassende Aufarbeitung des biografischen Kontextes erfordern.

Zuletzt ist aufzuzeigen, wie die textfokussierte Interpretation konkret umgesetzt wird. Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel einer „themenbezogenen Theorierekonstruktion“ (Zapf 2011, 48f). Im Mittelpunkt steht somit der thematische Gegenstand, im vorliegenden Fall die Antworten auf die ökologische Frage. Der thematische Gegenstand wird dabei in dem

Sinne kategoriengeleitet erschlossen, dass die übergeordnete Frage nach den Antworten auf die ökologische Krise in Teilfragen unterteilt wird, die an die Texte zu richten sind. Zu unterscheiden ist dabei zwischen der Rekonstruktion der expliziten Positionen und der tieferreichenden Extraktion der zumeist impliziten Hintergrundannahmen. Für die Rekonstruktion der expliziten Positionen sind drei Teilfragen ausschlaggebend, was sich entsprechend oder in ähnlicher Form auch in verwandten Untersuchungen findet (vgl. Adler/Schachtschneider 2010; Kaven 2015; Brand/Jochum 2000, 12f). Erstens gilt es die Wahrnehmung und kausale Begründung der ökologischen Krise in den Blick zu nehmen. Die jeweiligen Alternativentwürfe lassen sich nur adäquat verstehen, wenn diese Punkte berücksichtigt werden. Zweitens geht es um die Frage, welcher alternative Gesellschaftsentwurf beschrieben wird, der das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit verwirklichen soll. Dies stellt auf den Zielzustand ab. Konkreter ist zu fragen, welche „Transformationsgegenstände“ (z.B. Wirtschaftssystem, Rohstoffbasis, politisches System, Kultur und Lebensstile) aus der jeweiligen Perspektive in welche Richtung umzugestalten sind (Jacob et al. 2015, 12f). Wie dargelegt, ist dabei die institutionelle Dimension dieser Alternativentwürfe von besonderem Interesse. Die dritte Frage bezieht sich auf den Prozess des Wandels hin zum angestrebten Alternativentwurf. Wie kommt die Gesellschaft vom Status quo zum Zielzustand? Dies verweist v.a. auf die Frage nach Transformationsakteuren sowie deren Ressourcen und Transformationsstrategien (Jacob et al. 2015b, 11f). Neben der explizit-argumentativen Position zielt die Textuntersuchung auf das tiefen Verständnis der Positionen. Deshalb richtet sich die vierte an die Texte zu richtende Frage auf die (impliziten) Hintergrundannahmen, welche die jeweiligen Positionen präformieren. In der Summe leiten somit folgende Untersuchungskategorien die Analyse der zu untersuchenden Werke:

1. Krisenwahrnehmung und Krisenbegründung
2. Alternativentwurf
3. Prozess des Wandels
4. Hintergrundannahmen²⁷

²⁷ Diese vier Begrifflichkeiten sind für die weitere Lektüre des Buches wichtig, da sie bei der Darstellung und Strukturierung der verschiedenen Positionen immer wieder aufgegriffen werden.